

Zusammenfassende Einschätzung

Schulbürokratie, Lehrern und Elternvereinigungen betriebenen Schulversuche zwar die Wahlfreiheit der Schüler, führen jedoch zu Effizienzproblemen, weil die Flexibilität des Systems insgesamt vermindert wird.

- 6) Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem: Sollte das Bildungswesen primär der privaten Wirtschaft Arbeitskräfte mit den erforderlichen Qualifikationen zur Verfügung stellen, so sind in diesem Zusammenhang die duale Ausbildung (Lehre im Betrieb und Berufsschule) und die neu eingerichtete Fachhochschule LIS (zusammen mit dem Neu-Technikum Buchs und dem Technikum in Dornbirn) hervorzuheben. Generell gilt, dass dringend benötigte Fachkräfte (insbesondere technische Qualifikationen) mangels inländischem Arbeitskräfteangebot verstärkt aus dem Ausland rekrutiert werden müssen.

Verteilungsgerechtigkeit als politisches Ziel ist schwer zu definieren. Die meisten (liberalen) Ökonomen interpretieren horizontale Gerechtigkeit als *Chancengleichheit*. Kinder sollten also – ungeachtet ihrer sozialen Herkunft – Bildung gleicher Qualität und Dauer in Anspruch nehmen können. Wenn dennoch verschiedene Bildungsansprachnahmen vorliegen, so sollten sich diese auf unterschiedliche Präferenzen (bei gleichem Informationsstand) oder Begabungen der Kinder zurückführen lassen. Da für Liechtenstein keine einschlägigen Untersuchungen vorliegen, beruhen die folgenden Einschätzungen auf Forschungsergebnissen in grösseren europäischen Staaten.²⁵⁶

- 7) Zur Rolle des Einkommens: Die Bildungspolitik in den letzten Jahrzehnten war bestrebt, den Bildungszugang vom Einkommen der Eltern unabhängig zu machen. Auch wenn kein Schulgeld zu bezahlen ist, so liegt die Inanspruchnahme weiterführender Schulen beziehungsweise Universitäten durch Unterschichtkinder vergleichsweise niedrig.²⁵⁷ Der Einkommensentfall durch weiterführende Bildung dürfte für Unterschichtfamilien schwerer zu verkraften sein. Die Kinder werden offensichtlich von ihren Eltern dazu angehalten, nach Beendigung der Schulpflicht durch sofortigen Berufseintritt zum Haushaltseinkommen beizutragen.

²⁵⁶ Es liegen keine Indizien vor, die dafür sprechen, dass diese Ergebnisse nicht auch für Liechtenstein gelten.

²⁵⁷ Auch wenn sie dazu bereit und befähigt sind.